Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 12.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1590. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 102. **Mittwoch, 2. Mai 1928, abends.** **81. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zur deutschen Antwort an Kellogg.

Die deutsche Reichsregierung hat sich sehr eingehend sowohl mit dem von der Regierung der Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Kriegsächtungspakt, wie auch mit der französischen Stellungnahme zu diesem Pakt, beschäftigt. Sie hat nun als erste Regierung einer Großmacht eine Antwort erteilt, die sich in der Formulierung sehr erfreulich von der vorklausulierten und negativen Stellungnahme der französischen Regierung abhebt und die der freimütig gradlinigen Meinungsäußerung der amerikanischen Regierung entspricht. Deutschland begrüßt, wie das ja nicht anders zu erwarten ist, als entwaffneter Staat schon im eigenen Interesse den Versuch einer Kriegsächtung. Die deutsche Regierung hat sich mit ihrer Antwort aus dem Gewirr juristischer Bindungen herausgewunden, wie sie im Völkerbundspakt zu erblicken sind. Sie hat in ihrer Antwort im Völkerbundspakt auf seinen ursprünglichen Zweck, nämlich die Friedenssicherung, zurückgeführt. Die deutsche Regierung vermag im Völkerbundspakt wie im Locarnoabkommen, die einzigen Bindungen, die Deutschland eingegangen ist, nichts zu erblicken, was dem Willen der amerikanischen Note widerspricht. Im Gegenteil, die Durchführung der amerikanischen Vorschläge bedeutet nach deutscher Auffassung nur eine Verstärkung der Völkerbundssatzung und des Rheinpaktes. Es liegt wohl im Sinne der von Deutschland vertretenen Außenpolitik, zu einem allgemeinen Abkommen aller Mächte über die Ausschaltung des Krieges zu kommen. Wenn durch diesen ersten Schritt das Endziel auch noch nicht erreicht wird, so ist doch praktisch ein Anfang gemacht und ein Weg geöffnet. Aus all diesen Gründen enthält die deutsche Antwortnote auch keinerlei Vorbehalte. Es ist selbstverständlich, daß das seit jeher vertretene Ziel des entwaffneten Staates, eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen, nach deutscher Ansicht durch einen allgemeinen Gegenseitigkeitsvertrag auf Verzicht kriegerischer Handlungen nur gefördert wird. Die allgemeine Abrüstung ist geradezu die naturnotwendige Ergänzung der Kriegsächtung. Ohne diese Abrüstung und die Beseitigung der hier bestehenden Ungerechtigkeiten ist die Aufrechterhaltung der amerikanischen Idee gar nicht durchführbar.

In England hat die deutsche Note im allgemeinen einen günstigen Eindruck gemacht. Man versteht es, daß gerade Deutschland als unbewaffnete Macht zuerst die amerikanische Anregung aufgreift. Daily Telegraph meint, daß es auf Amerika den Eindruck gemacht haben würde, daß sich eine besondere europäische Kombination bilde, wenn Deutschland sich vor Absendung seiner Note mit England, Frankreich und Italien in Verbindung gesetzt hätte. Auch auf Japan wäre dieser Eindruck nicht wünschenswert gewesen, da Japan ja außerhalb der Locarnoverträge steht. Unverständlich und abwegig ist die Nervosität der französischen Presse, weil man, wie der Temps rügend bemerkt, sich nicht vorher auf eine „gemeinsame technische Prüfung der Vorbedingungen" eingelassen habe. Auch Herr Briand hat Deutschland und die anderen Völkerbundsstaaten nicht gefragt, als er seinerzeit seinen ursprünglichen Vorschlag für einen Sonderpakt an Amerika machte. Außerdem ist dort zu berücksichtigen, daß sich der französische Gegenvorschlag mit seinen Vorbehalten ausschließlich gegen Deutschland gerichtet hat. Wenn man in Moskau glaubt, daß Rußland von dem Pakt ausgeschlossen werden soll, so scheint auch hierfür keine Berechtigung vorzuliegen. Die Note ist seitens der amerikanischen Regierung nicht an Rußland gerichtet worden, weil ja die Sowjetunion noch nicht offiziell von den Vereinigten Staaten anerkannt worden ist. Sachliche Bedenken gegen eine Hinzuziehung Sowjetrußlands dürften kaum bestehen, zumal ja auch Rußland zu den Abrüstungsverhandlungen in Genf unbeschadet seiner Nichtzugehörigkeit zum Völkerbunde herangezogen worden ist.

Parteivertretertagung der Deutschnationalen Ostsachsens.

Am Sonnabend hielt die Deutschnationale Volkspartei für den Wahlkreis Ostsachsen in Dresden eine Parteivertretertagung ab, die ganz außerordentlich starken Besuch aufwies. Der Vorsitzende, v. Lüttichau, begann die Tagung mit einem Dankes- und Gedenkwort für den heimgegangenen Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Kommerzienrat Hofmann, dessen Andenken die Anwesenden in geziemender Weise ehrten. Dann sprach der Vorsitzende noch dem zurückgetretenen Wahlkreisvorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Kurt Philipp, und dem bisherigen Abgeordneten des Wahlkreises Ostsachsen, Geh. Rat Dr. Quaatz (Berlin), den Dank der Wahlkreisorganisation aus, dem sich auch die Vertretertagung einmütig anschloß. Geh. Rat Dr. Quaatz ist auf der Reichsliste der Partei aufgestellt, während Abgeordneter Bergwerksdirektor Dr. Rademacher, der bei der letzten Wahl auch im Wahlkreise Ostsachsen gewählt worden war, jetzt an führender Stelle im Wahlkreise Chemnitz-Zwickau-Plauen aufgestellt ist und auch für den Wahlkreis Ostsachsen an fünfter Stelle erscheint.

Hierauf nahmen die drei auf den ersten Plätzen der Kandidatenliste für Ostsachsen stehenden Kandidaten, und zwar Oberfinanzrat Dr. Bang (Berlin), Gewerkschaftssekretär Hartmann und Baumeister Baurat Paul (Dresden), Gelegenheit, sich den erschienenen Parteivertretern mit kurzen programmatischen Darlegungen vorzustellen. An diese Referate schloß sich eine sehr rege Aussprache, aus der hervorging, daß im ganzen Wahlkreise vollkommene Uebereinstimmung nicht nur in der Zielrichtung, sondern auch über die Kandidaten und über die organisatorischen und propagandistischen Maßnahmen der Parteileitung bestand.

Die deutsche Antwort an Kellogg.

Deutschland bereit, einen Pakt nach dem Vorschlag der Vereinigten Staaten abzuschließen.

Der Wortlaut der Note.

Berlin, 30. April. Die vom 27. d. M. datierte, an den Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Schurman, gerichtete Antwortnote der Reichsregierung auf den amerikanischen Vorschlag eines Kriegsächtungspaktes hat folgenden Wortlaut:

Herr Botschafter! Ew. Exzellenz haben mir in der Note vom 13. April und ihren Anlagen von den Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der französischen Regierung über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Aechtung des Krieges Mitteilung gemacht. Zugleich haben Sie an mich die Frage gerichtet, ob die deutsche Regierung geneigt sei, einen solchen Pakt nach dem von der Regierung der Vereinigten Staaten aufgestellten Entwurf abzuschließen oder ob sie bestimmte Aenderungen dieses Entwurfes für notwendig halte.

Die deutsche Regierung hat Ihre Frage mit der Sorgfalt geprüft, die der außerordentlichen Bedeutung der Angelegenheit entspricht. Sie konnte in diese Prüfung auch den Vertragsentwurf einbeziehen, der inzwischen von der französischen Regierung aufgestellt und den beteiligten Mächten übermittelt worden ist. Als Ergebnis der Prüfung beehre ich mich, Ew. Exzellenz im Namen der deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung begrüßt die Eröffnung von Verhandlungen über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Aechtung des Kriegs aufs wärmste. Die beiden großen Gedanken, die der Initiative des französischen Herrn Außenministers und dem aus ihr hervorgegangenen Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten zugrunde liegen, entsprechen vollkommen den Grundsätzen der deutschen Politik. Deutschland hat kein höheres Interesse als die Möglichkeit, kriegerische Konflikte ausgeschaltet und im Leben der Völker eine Entwicklung gesichert zu sehen, die den friedlichen Ausgleich aller Gegensätze zwischen den Staaten gewährleistet. Der Abschluß eines Paktes, wie ihn die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt im Auge hat, würde die Völker der Erreichung dieses Zieles sicherlich um ein weiteres Stück näherbringen.

Da das Bedürfnis der Völker nach Sicherung des Friedens seit Beendigung des Weltkrieges bereits zu anderen internationalen Abmachungen geführt hat, ergibt sich für die daran beteiligten Staaten die Notwendigkeit, sich klar darüber zu werden, in welchem Verhältnis der jetzt geplante Pakt zu diesen in Kraft befindlichen internationalen Abmachungen stehen würde. Sie haben in Ihrer Note, Herr Botschafter, auf die Erwägungen hingewiesen, die in dieser Hinsicht von der französischen Regierung in Ihrem Meinungsaustausch mit der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht worden sind. Was Deutschland anlangt, so kämen als internationale Abmachungen, die sich mit dem Inhalt des neuen Paktes berühren könnten, die Völkerbundssatzung und der Pakt von Locarno in Betracht. Sonstige internationale Verpflichtungen dieser Art ist Deutschland nicht eingegangen.

Die Achtung der Verpflichtungen aus der Völkerbundssatzung und dem Rheinpakt muß nach Ansicht der deutschen Regierung unverrückbar feststehen. Die deutsche Regierung ist aber der Ueberzeugung, daß diese Verpflichtungen nichts enthalten, was mit den Verpflichtungen, die der Paktentwurf der Vereinigten Staaten vorsieht, irgendwie in Widerstreit geraten könnte. Im Gegenteil glaubt sie, daß die bindende Verpflichtung, den Krieg nicht als ein Werkzeug nationaler Politik zu benutzen, nur geeignet sein würde, den Grundgedanken der Völkerbundssatzung und des Rheinpaktes zu verstärken.

Die deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das souveräne Recht eines jeden Staates zur Selbstverteidigung nicht in Zweifel stellen würde. Es versteht sich von selbst, daß, wenn ein Staat den Pakt bricht, die anderen Kontrahenten diesem Staate gegenüber ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen.

Der von der Verletzung des Paktes betroffene Staat ist deshalb nicht gehindert, sich seinerseits gegen den Friedensbrecher zur Wehr zu setzen. In einem Pakte dieser Art den Fall seiner Verletzung ausdrücklich vorzusehen, erscheint der deutschen Regierung nicht notwendig. In Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten und mit der französischen Regierung ist auch die deutsche Regierung der Auffassung, daß das letzte Ziel die Universalität des neuen Paktes sein muß. Diese Universalität herbeizuführen, dürfte der Entwurf der Vereinigten Staaten einen praktischen Weg eröffnen. Wenn die zunächst als Signatarmächte in Aussicht genommenen Staaten den Pakt abgeschlossen haben, kann erwartet werden, daß die anderen Staaten von dem ihnen ohne Einschränkung und Bedingung gewährten Rechte des Beitritts alsbald Gebrauch machen.

Die deutsche Regierung kann demnach die Erklärung abgeben, daß sie bereit ist, einen Pakt nach dem Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten abzuschließen und zu diesem Zwecke in die erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen einzutreten. Mit dieser Erklärung verbindet jedoch die deutsche Regierung die bestimmte Erwartung, daß das Zustandekommen eines Paktes von solcher Tragweite nicht verfehlen wird, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. So müßte diese neue Garantie für die Erhaltung des Friedens und für die Durchführung der allgemeinen Abrüstung einen wirksamen Impuls bilden. Außerdem aber müßte der Verzicht auf den Krieg als notwendiges Gegenstück den Ausbau der Möglichkeiten fördern, vorhandene und entstehende Gegensätze der Völkerinteressen auf friedliche Weise zum Austrag zu bringen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Stresemann.

Die Aufnahme der deutschen Note in Washington.

Washington, 30. April. **Die deutsche Antwortnote auf die amerikanischen Kriegsverzichtsvorschläge hat, wie verlautet, im Staatsdepartement in Washington einen überaus günstigen Eindruck hervorgerufen. Der wesentliche Inhalt der Note ist die generelle und grundsätzliche Einverständniserklärung der deutschen Regierung, mit den amerikanischen Vorschlägen zum Abschluß eines zunächst die Großmächte umfassenden Kriegsverzichtspaktes. Es wird ferner, wie verlautet, die Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen möge, in absehbarer Zeit alle Einzelheiten, sowie die endgültige Formulierung des Kriegsverzichtspaktes zu beraten und so die amerikanischen Vorschläge zu verwirklichen.**

In diplomatischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß die deutsche Note auch die Haltung der interessierten Staaten maßgebend, wenn nicht entscheidend, beeinflussen wird. **Besonders in England wird die deutsche Stellungnahme ihren Eindruck nicht verfehlen.** Die französischen Vorbehalte seien, wie auch Staatssekretär Kellogg, wenn auch nicht so scharf, zum Ausdruck brachte, für die Vereinigten Staaten völlig unannehmbar. So viel stehe jedenfalls fest, daß die deutsche Antwort in der gesamten amerikanischen Oeffentlichkeit ein nachhaltiges und mehr als in einer Hinsicht wirksames Echo finden wird.

Eine Wahlrede Koch-Wesers in Leipzig.

* **Leipzig.** (Tel.) In einer Wahlkundgebung der Deutschen Demokratischen Partei Leipzig sprach gestern Reichsminister a. D. Koch-Weser.

Der Redner führte u. a. aus, er sei nicht Pazifist in dem Sinne, daß er sage, Frieden um jeden Preis. Das höchste Gut eines Volkes sei nicht der Friede, sondern die Freiheit und sein Leben. Ein neuer Krieg mit Frankreich würde uns diesem Ziel nicht näher bringen; er schade nur Deutschland und Frankreich. Wenn man den Pazifismus so verstehe, daß man der Alleinschuld Deutschlands am Kriege beistimme, sich für die Abschaffung der Reichswehr einsetze, solange die einstigen Gegner in Waffen starrten und das Unrecht des Versailler Vertrages als Bedrohung des Reiches anerkenne, dann gebe es in der Deutschen Demokratischen Partei keinen einzigen, den man als Pazifisten ansehen könnte. Unter Pazifismus verstünden die Demokraten den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, die Forderung nach Abrüstung auch der anderen auf Grund ihrer Verpflichtungen aus den Friedensverträgen, sodaß die wahren Grundlagen für den Frieden Europas gesichert werden könnten. Auch müsse man eine Verständigung für die Zukunft sichern. Wahre Friedenspolitik könne aber nur über den Völkerbund getrieben werden; dabei gingen die Demokraten mit der Politik des Reichsaußenministers einig. Die deutschnationalen Phrasen von einer Andersgestaltung der Außenpolitik nähmen die Demokraten durchaus nicht ernst. Nur würden sie leider im Auslande ernst genommen und richteten so schweren Schaden an. Ueber die Fragen der inneren Politik äußerte sich der Redner ähnlich wie auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses der demokratischen Partei am letzten Sonntag.

Streikbewegung in der schlesischen Textilindustrie.

)(**Reichenbach.** Am Sonnabend hat die Belegschaft der Firma Christian Dierig G. m. b. H. die Gesamtkündigung zum 5. Mai überreicht, um in den Streik zu treten. Die Streikbewegung bei der Firma Dierig erstreckt sich auf die Werke in Oberlangenbielau, Tannenberg und Gellenau. An dem Streik der Firma sind rund 4000 Arbeiter beteiligt. Am gleichen Tage sind ferner Massenkündigungen der Arbeiterschaft zum 5. Mai in Neustadt, Grünberg, Görlitz, Lauban und im Landeshuter Bezirk erfolgt. **Die Streikbewegung erstreckt sich also auf die gesamte schlesische Textilindustrie.** Der Schlichter der Provinz Niederschlesien, Oberpräsident z. D. Philipp, hat die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten zu einer Schlichtungsverhandlung nach Breslau berufen, die heute Mittwoch stattfinden wird.

SLUB Wir führen Wissen.